



♦ Die Automobilindustrie in Deutschland kriselt. Managementfehler und Renditetreiben sind zwei der wichtigsten Ursachen. Seite 2



♦ Holz und Kunststoff in Ostwestfalen-Lippe sind sein Ding: Jens Ortman ist eine zusätzliche Kraft der IG Metall für die Beschäftigten. Seite 4



nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.



Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.72 | Herbst 2026

Endlich mehr Geld

2,5 Prozent mehr Geld in die Tabelle gibt es ab 1. Oktober 2026 in der lippischen Kunststoffindustrie. Verhandelt haben dies die IG Metall und ihre Mitglieder.

Im vergangenen Winter einigten sich Arbeitgeber und IG Metall auf einen neuen Tarifvertrag für die lippische Kunststoffindustrie. Wesentlich: Zum 1. Oktober 2026 gibt es mehr Geld, genau 2,5 Prozent mehr. »Darauf

haben die Beschäftigten schon gewartet. Gut, dass es jetzt endlich soweit ist«, sagt Nikolaus Böttcher, der die Verhandlungen für die IG Metall Detmold führte.

Bereits im Winter 2025/26 ging es den meisten Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie bescheiden. Die Flaute war der wesentliche Grund für schwierige Tarifverhandlungen, die im Ergebnis dazu führten, dass die Tarifierhöhung in die Tabelle erst spät zum 1. Oktober 2026 folgt. »Was damals noch nicht absehbar war, war der Krieg der us-amerikanischen Regie-

rung gegen den Iran, der in der Folge und bis heute anhaltend die Energiepreise nach oben trieb«, sagt Nikolaus Böttcher, »die Folgen sind bekannt: alles wird teurer, nachdem sich die Inflation als Folge des Kriegs, den Russland gegen die Ukraine begonnen hatte, gerade beruhigt hatte, zieht die Inflation wieder an«.

Mehr Geld oder mehr frei

Zuvor, nämlich mit Beginn des Jahres, hatte es erstmals in der lippischen Kunststoffindustrie eine Option zwischen Zeit und Geld gegeben: 750 Euro mehr Geld im Jahr, zahlbar zum 1. Januar 2026, oder das Geld gewandelt in zusätzliche freie Tage. Entschieden hat zwar alleine der Arbeitgeber. Aber für die Beschäftigten ist es so oder so ein Gewinn. Die allermeisten Eigentümer und Geschäftsführer haben sich für die umgewandelten zusätzlichen freien Tage entschieden.

Zudem erhalten Auszubildende seit dem 1. Januar 2026 zusätzlich 100 Euro. »Das alles haben wir erstritten und verhandelt. Ohne die IG Metall als starke Gewerkschaft wäre das nicht möglich«, fügt Nikolaus Böttcher an. Der Tarifvertrag gilt noch ein knappes Jahr bis 31. Juli 2027, dann wird neu verhandelt.

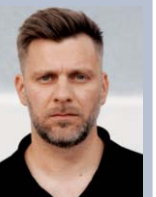
» vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 26. September ist bundesweiter Aktionstag. Die IG Metall Detmold ruft dazu auf, nach Essen zu fahren, um gegen Kürzungen im Sozialen zu protestieren. Kommt zahlreich. Denn ein »Weiter so« wird es nicht geben können. Das haben zuletzt die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt. Sehr viele sind dort wählen gegangen, sehr viele haben die AfD gewählt. Offenbar, weil sie auf die eine oder andere Weise die Schnauze voll haben. Dass sie dabei eine rechtsextreme Partei gewählt haben, scheint ihnen egal oder bewusst gewollt. Die AfD ist jedenfalls die völlig falsche Adresse, falls es darum gehen sollte, den Sozialstaat zu erhalten. Steht die Partei doch so gar nicht für Solidarität und Arbeitnehmerrechte.

Bislang zeigt sich die Bundesregierung unbeeindruckt. Großspurig hatte Friedrich Merz angekündigt, die AfD in ihren Wahlergebnissen halbieren zu wollen. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist es andersherum gekommen: Tendenziell ist die CDU halbiert, die AfD verdoppelt. Was die CDU nicht daran hindern wird, im Sozialen weiter kürzen und zugleich aufrüsten zu wollen. Gefragt sind diejenigen, die solche Kürzungen treffen würden: Arbeiterinnen und Arbeiter, Rentner und viele andere Menschen, die nicht im Luxus leben. Einzig massiver Protest könnte die Bundesregierung dazu bringen, ihre Reformpakete nochmals aufzuschnüren und soziale Einschnitte herauszunehmen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold



Kommt nach Essen und zeigt den Sozialstaatskürzungen die Rote Karte! Bringt eure Freund*innen und Kolleg*innen mit zu unserer großen Kundgebung und lasst uns gemeinsam ein deutliches Zeichen setzen: **Hände weg von unserem Sozialstaat!**

➔ Samstag, 26. September, 11 - 14 Uhr, Burgplatz, Essen
Hauptrednerin: Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende

➔ Von Bad Salzuflen, Blomberg, Detmold und Lemgo aus fahren Busse der IG Metall zur Kundgebung (Anmeldung über Geschäftsstelle fon 05231 991916)

Kommt alle nach Essen!
Am Samstag,
26. September



fett-ecke Heiß gekocht und kalt ausgesessen

Wir sollten übers Klima reden. Schon länger. Hat Friedrich Merz nach seinem Sommerurlaub auch getan. Dass ein Klimawandel läuft, erkennt er an, an Handlung folgt dem allerdings nichts.

In diesem Sommer brannte es lichterloh. Im Südwesten Frankreichs war es besonders schlimm, über 100.000 Hektar Fläche wurden zerstört. Viele Menschen an der Atlantikküste mussten evakuiert werden, etliche verloren ihr Zuhause. Auch nahe der Grenze zwischen Belgien und Deutschland loderte es wochenlang. Das Robert-Koch-Institut geht für diesen Sommer von 14.000 Hitzetoten in Deutschland aus. Gerade verletzte Personen, Kranke und Alte vor allem, sind den extremen Temperaturen ausgeliefert, Krankenhäuser und Pflegeheime für Normalsterbliche verfügen über keine Klimaanlage.

Auch in der Produktion wurde es teilweise unerträglich heiß. Hitzefrei gibt es offiziell nicht, aber über 35 Grad Celsius in Arbeits-

räumen ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, zu handeln. Im eigenen Schweiß wird trotzdem gebadet.

Insgesamt wird das Thema Hitze in Deutschland immer noch sträflich vernachlässigt. Der Sommer ist irgendwann vorbei und damit scheint das Thema erledigt, bevor es im nächsten Jahr wieder los geht. Dabei erwärmt sich das Land gerade extrem. Europa ist der Kontinent mit der stärksten Erwärmungsrate weltweit, doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt.

Menschen müssen viel besser gegen Hitze geschützt werden. Die Rezepte dafür sind hinlänglich bekannt: Sie reichen von Klimaanlagen gerade in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen über gut gedämmte Häuser, mehr Begrünung in unmittelbarer Wohnortnähe und vor allem in Städten insgesamt, damit die Luft besser zirkuliert und sich nicht so aufheizt. Und auf globaler Ebene muss der Erderwärmung Einhalt geboten werden. Da

sah es schon immer bescheiden aus – und inzwischen weniger als das. Wichtige Staaten wie die USA haben sich praktisch aus dem Klimaschutz verabschiedet und fahren den fossilen Energieverbrauch wieder hoch. Auch die Europäische Union weicht ihre durchaus vorhandenen Klimaziele wieder auf. Als einzige große Industrienation baut China die regenerativen Energien massiv aus.

Geht die globale Ignoranz so weiter, werden die Wetterextreme zur Regel werden und Teile der Welt praktisch unbewohnbar. Die Nahrungsmittelproduktion gerät unter Druck, Wasser wird knapp. Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen, weil sie dort nichts mehr anbauen und nicht mehr leben können. Alles hinlänglich bekannt.

Insgesamt hat der Hitzesommer der Wirtschaft 36 bis 42 Milliarden Euro gekostet, weil die Logistik teurer wurde, Atomkraftwerke ausfielen und Ernten schmäler wurden. Doch offenbar für einen gewichtigen Teil der politi-

schen Eliten egal, solange die eigenen Profite nicht leiden und höhere Kosten weitergereicht werden können.

Eine aktuelle Umfrage des Ifo-Instituts jedenfalls zeigt, dass Unternehmen in Deutschland keine deutliche Steigerung ihrer Investitionen in den Klimaschutz planen. Angeblich gaben sie im vergangenen Jahr durchschnittlich 9,3 Prozent für Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Betrieb aus und planen für 2027 mit einem Anteil von 10,5 Prozent. Wobei unklar bleibt, was die Unternehmen da alles reinrechnen. Einfacher ist es, zu sagen, warum nicht mehr investiert wird: zunehmende globale Unsicherheit und steigender Wettbewerbsdruck im Export. Dabei wird es ohne Transformation nicht gehen. Dem kann und darf sich die heimische Wirtschaft nicht verweigern. Sonst wird sie am Ende des Tages endgültig überholt von China, weil die die klimafreundlicheren Produkte entwickeln. Das E-Auto lässt grüßen.

kurz berichtet

Aktionstag in der Automobilbranche

Beschäftigte sollen mehr arbeiten, weniger verdienen oder gar ihren Job verlieren, während Unternehmen Milliarden an Aktionäre auszahlen. Verlagerung, Arbeitsplatzabbau und Werkschließungen stehen auf dem Programm. Dagegen mobilisierte die IG Metall in der Automobilbranche unter anderem mit einem Aktionstag am 21. September. Die zentrale Forderung: Es braucht Investitionen in zukunftsfähige Produkte, Qualifizierung und sichere Standorte – nicht nur kurzfristige Kostensenkung.

Die Krise in der Automobilindustrie wirkt sich auch auf die lippische Kunststoffindustrie aus. Denn die Betriebe sind in der Regel klassische Zulieferer, von Ausnahmen wie Kingspan Light & Air abgesehen. Neue Aufträge der Automobilisten kommen spärlich, andere hängen von der Entwicklung der E-Mobilität ab. Eine Krise der Automobilindustrie in Deutschland trifft viel mehr Menschen als unmittelbar in den Werkshallen von VW und Co. Im Siegerland hat beispielsweise Ende Juli Karl Hess mit 550 Beschäftigten Insolvenz angemeldet. Das Unternehmen lieferte Teil für die Automobil-, Elektronik und Haushaltsgerätebranche. »In der lippischen Kunststoffindustrie ist die Krise greifbar. Doch alle Unternehmen machen ihre Hausaufgaben und bemühen sich, die Standorte und die Beschäftigung zu halten«, sagt Nikolaus Böttcher von der IG Metall Detmold.

Bürokratieabbau in die falsche Richtung

Der Arbeitgeberverband (BDA) will mehr Bürokratie abbauen – und setzt dafür bei den Betriebsräten an. »Deutschland muss schneller, effizienter und weniger bürokratisch werden«, forderte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Ziel sei eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, das die Mitbestimmung regelt. Mitbestimmung solle auf den Prüfstand. In einem Papier des Arbeitgeberverbandes wird die Mitbestimmung als »oft schleppend« bezeichnet. So würden notwendige Anpassungen wie die Einführung neuer Arbeitsmittel oder Regelungen zum Gesundheitsschutz »in gefährlicher Weise ausgebremst«. Wenn es eilig ist, solle in Zukunft doch auf die Zustimmung von Betriebsräten verzichtet werden. »Das versteht der Arbeitgeberverband unter Bürokratieabbau: weniger Mitbestimmung, weniger Rechte für die Beschäftigten, freie Fahrt für die Unternehmer«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. »Dabei ist es gerade die Mitbestimmung, die faire Arbeitsverhältnisse möglich macht und ganz nebenbei auch betriebliche Abläufe verbessert. Die Demokratie endet nicht am Werkstor, auch wenn sich das manche Unternehmer wünschen. Den Vorstellungen des Arbeitgeberverbandes erteilen wir eine deutliche Absage«, fügt er an.

Bezahlen müssen die Arbeiter

Die Großaktionäre bei VW wollen mehr Rendite. Das Management hat die Markttrends verschlafen und will nun verschlanken. Volkswagen verteilt um – und zwar von unten nach oben.



winneinbrüchen.

Die 11,8 Prozent, die das Land Niedersachsen an der Volkswagen AG hält, sind dabei eher unproblematisch, weil die Landesregierung immer auch die Arbeitsplätze im Blick haben sollte.

Problematisch sind die weiteren Großaktionäre. Darunter vor allem Porsche mit der Piëch-Familie und Qatar-Holdings. Die Piëch-Familie verkauft sich beispielsweise gegenseitig Anteile an der Familienholding, Hans Michel Piëch hat dafür 2017 rund 1,1 Milliarden Euro Kredit aufgenommen. Und Porsche läuft auch nicht mehr so gut. Mutmaßlich ist Hans Michel Piëch auf eine gute Divi-

dende angewiesen, um Kredite rückzahlen zu können. Den anderen Großaktionären ist es wahrscheinlich egal, wo VW welche Autos mit wie vielen Beschäftigten herstellt, Hauptsache die Rendite stimmt.

Das führt zu absurden Ereignissen bei VW, immerhin zeitweilig größter Automobilhersteller weltweit mit fast 700.000 Beschäftigten und über 300 Milliarden Euro Umsatz. Werden Sparmaßnahmen angekündigt und gebilligt, steigt der Börsenkurs. Wird – wie bei der aktuellen Sparrunde geschehen – angekündigt, die Rendite bis 2030 auf neun Prozent zu steigern, treibt das den Aktienkurs. Durch die Extragewinne an der Börse, die sich durch üppige Dividenden zeigen, die an die Aktionäre ausgezahlt werden, stehen rund 40 Prozent der erzielten Gewinne nicht mehr für Investitionen zur Verfügung. Zahlen sollen wie immer und überall die Beschäftigten: Durch Verzicht beim Entgelt oder durch Verlust des Arbeitsplatzes.

Bei Volkswagen ist es keineswegs so, dass die Sparrunde zwecks Gewinnsteigerung

des Sommers 2026 die einzige gewesen wäre, 2024 gab es das bereits schon einmal. Zusammengerechnet könnten so in den kommenden Jahren weltweit über 100.000 Arbeitsplätze bei VW wegfallen, ein gehöriger Teil davon in Deutschland.

Teure Skandale

Auch die Skandalgeschichte von Volkswagen ist lang, wobei dafür das Management verantwortlich ist. Im Frühjahr 2026 tauchte unverhofft Geld in einer Sitzritze auf, es waren schlappe 6 Milliarden Euro. Gerade rechtzeitig und ausreichend viel, um dann doch noch die Bonus-Höchstsätze an die Vorstände des Unternehmens auszahlen zu können.

Vor gut zehn Jahren kam der Abgas-Skandal ans Tageslicht, VW und weitere Automobilhersteller tricksten rum, um beim Diesel die Grenzwerte unterschreiten zu können. Volkswagen musste anschließend zahlen, wohl über 33 Milliarden Euro.

Zu träge, zu langsam

Die Wettbewerbsfähigkeit von VW ist nicht flöten gegangen, weil die Arbeit zu teuer geworden wäre. Vielmehr hat der Konzern viel zu träge auf schon länger sichtbare Marktumwälzungen reagiert. Seit Jahren setzt VW auf teure Modelle, weil diese den höchsten Gewinn pro Stück bieten. Günstige Einstiegsmodelle gab es keine mehr. Dabei ist Volkswagen genau damit zu einer Weltmarke geworden, Käfer und Golf lassen grüßen.

Überhaupt nicht ernst nahm die Konzernspitze den fundamentalen Wandel hin zur E-Mobilität. Man meinte, reagieren zu können, wenn es soweit ist. Doch inzwischen erobern vor allem chinesische Marken den Markt, Marken, die vor zwei, drei Jahren kaum jemand kannte und die es teilweise auch noch gar nicht gab: BYD, MG oder Zeekr, die in China Elektroautos für unter 10.000 Euro bieten und in Deutschland bei rund 18.000 Euro einsteigen. Die Konkurrenz ist groß, der Preisdruck enorm, rasch werden neue Modelle entwickelt, Innovationen kommen, der Markt ändert sich.

Warum da Volkswagen meinte, das erst mal aussitzen zu können und dann an Modellen zu arbeiten, deren Entwicklung mehrere Jahre dauert, bleibt Konzerngeheimnis. Für die enormen Profite des Konzerns in den vergangenen Jahren sorgte ein boomender chinesischer Markt, damit ist es nun vorbei. Bei allem, was bei VW passiert, gilt es, den Durchblick zu behalten und sich nicht von Angaben der Unternehmensspitze blenden zu lassen.

Statt Kürzungen braucht es mehr Respekt



Der DGB mobilisiert nicht nur zur Kundgebung nach Essen am 26. September, zuvor hatte er bereits regional aufgerufen, so Anfang Juli nach Bielefeld. Rund 500 Menschen kamen dort vor dem Rathaus zusammen, darunter auch einige Kolleginnen und Kollegen aus Lippe, um gegen Sozialabbau zu protestieren. Die Beiträge unter dem Motto »Basta! Gute Arbeit, finanzielle Sicherheit, Respekt für uns!« wandten sich zentral gegen geplante Einschnitte in die Rechte der Beschäftigten, wie etwa die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und längere Lebensarbeitsleistungen. »Wir lassen nicht zu, dass Beschäftigte, Rentner, Erwerbslose und junge Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Statt Kürzungen braucht es Respekt vor der Lebensleistung der Menschen und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands«, sagte Clea Stille, Geschäftsführerin des DGB in Ostwestfalen.



Etwas mehr Licht

Die Aussichten für die lippische Kunststoffindustrie klaren sich zumindest ein bißchen auf, weil neue Aufträge hereinkommen.

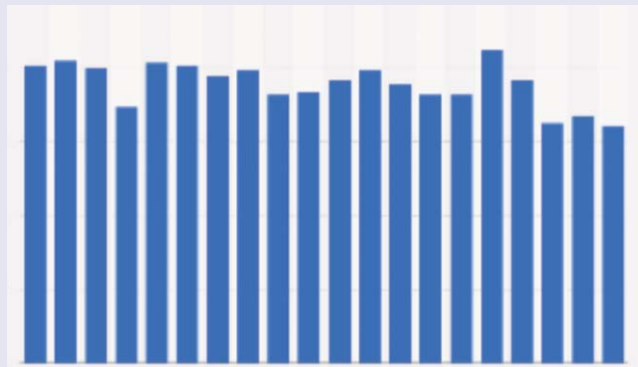
»Licht am Ende des Tunnels« sieht der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Martin Brummermann bei Coko: Für die vergangene Zeit war die Auftragslage bescheiden, wenn auch meistens auf einem stabilen Niveau. Nun aber tut sich was. Größtenteils handelt es sich um mengenmäßige Erweiterungen bislang bereits bestehender Aufträge, was zeigt, dass die Qualität, die Coko liefert, geschätzt wird, unter anderem von einem Motorradhersteller und einen Produzenten von Lautsprechern für Autos. Das bedeutet mehr Arbeit etwa in der Abteilung, die die Kunststoffgehäuse für die Boxen spritzt und diese auch montiert. Der Werkzeugbau wird in Kürze aus der Kurzarbeit raus kommen.

Es kommen aber auch neue Aufträge hinzu, so dass auch das Projektmanagement wieder mehr zu tun bekommt. »Umsatztechnisch wird sich das wohl erst ab 2028 durchschlagen, denn dann gehen die Werkzeuge in die Produktion, aber damit lässt sich planen«, sagt Martin Brummermann. Ob dies jedoch das Ende des Personalabbaus bedeutet, ist nicht sicher. Coko hatte mal über 550 Beschäftigte, lag Anfang des Jahres bei rund 470 und ist inzwischen bei circa 435 angekommen. Alles ohne betriebsbedingte Kündigungen, die durch eine Betriebsvereinbarung sowieso bis 2030 ausgeschlossen sind. Die betreffenden Kollegen sind in Rente gegangen oder haben Coko verlassen. »Damit hat allerdings auch viel Wissen unseren Betrieb verlassen. Es ist zunächst offen, wie diese Lücken wieder gefüllt werden, wenn wir wieder mehr zu tun haben«, sagt Martin Brummermann. Zudem sieht der Betriebsrat einen erheblichen Investitionsbedarf bei den Maschinen. Um Aufträge abarbeiten zu können, braucht es Menschen und Maschinen, aus betriebswirtschaftlicher Sicht in einem guten Verhältnis zueinander, um auch Gewinne zu machen. »Es wird sich zeigen, wo was fehlt: Menschen und oder Maschinen«, fügt der Betriebsrat an. Die Geschäftsführung jedenfalls hat einen »Chief Reconstruction Officer« an die Seite bekommen, zeitlich befristet soll er die Restrukturierungsprozesse bei Coko aktiv begleiten.

Aktuell haben vier neue Auszubildende bei Coko begonnen: ein Kaufmann, ein Fachinformatiker, eine Fachkraft Lager und Logistik und ein Kunststofftechnologe. In der Vergangenheit sind pro Jahr eher sechs bis acht junge Menschen gestartet.

»Die Auszubildenden sind die Zukunft von Coko. Allerdings hat Coko in jüngster Vergangenheit nur noch wenige Auszubildende übernommen, so was spricht sich rum«, sagt Martin Brummermann. Auffällig sei auch, dass bestimmte Berufsgruppen nicht oder nicht mehr so stark vertreten seien: der Kunststofftechnologe und in diesem Jahr gar nicht der Werkzeugmechaniker. »Junge Menschen überlegen genau, wie es nach der Ausbildung weitergehen könnte. Da sind Zwei- und Dreischichtigkeit nicht sehr attraktiv«, sagt Martin Brummermann.

Was den Arbeitgeber aber nicht daran hindert, von den Beschäftigten mehr Flexibilität einzufordern. Darüber wird bereits seit Längerem mit dem Betriebsrat gesprochen, verschiedene Modelle liegen auf dem Tisch, am 15. September fand die erste Verhandlung über eine Betriebsvereinbarung statt. Die Vorstellungen zwi-



Weltweit steigt die Kunststoffproduktion, in Deutschland aber fällt sie. Die Grafik zeigt die **ENTWICKLUNG VON 2005 BIS 2025 IN MILLIONEN TONNEN IN DER BUNDESREPUBLIK**. In der Spitze über 20, liegt die Menge aktuell bei rund 15 Millionen Tonnen. Dies zeigt die tiefgreifenden Verwerfungen in der Industrie in Deutschland, von der die Kunststoffbranche als klassischer Zulieferer unmittelbar betroffen ist. Quelle: Statistisches Bundesamt

schen Arbeitgeber und Betriebsrat liegen aber noch weit auseinander. Für den Betriebsrat geht es darum, die Beschäftigten zu schützen, um das Leben jenseits der Arbeit plan- und gestaltbar zu halten. Dies kann nicht gelingen, wenn der Arbeitgeber das alleinige Recht hat, etwa auch über Wochenendarbeit zu entscheiden.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop ist die Auftragslage unverändert bescheiden, aber möglicherweise geht es in naher Zukunft voran: Zwei Kunden mit neuen Aufträgen stehen in der Pipeline. »Wir hoffen sehr, dass es nun wieder zumindest etwas besser wird«, sagt Marcel Gerdt, der

Betriebsratsvorsitzende. Kurzarbeit ist zwar beantragt, wird aber praktisch nicht durchgeführt.

Aktuell arbeiten bei Oskar Lehmann 177 Kolleginnen und Kollegen, nahezu unverändert im Vergleich zu vor drei Monaten, aber deutlich weniger als noch vor einem Jahr. 17 junge Menschen werden ausgebildet. Am 1. August sind drei neue Auszubildende angefangen. Dazu wird ein Auszubildender seine Ausbildung um ein Jahr verlängern um den Abschluss Fachkraft für Lagerlogistik zu erlangen. Ein Kollege wird eine Ausbildung zum Kunststoff- und Kautschuktechnologien beginnen, er hat vorher schon eine Ausbildung als Maschinen- und Anlagenführer bei Oskar Lehmann gemacht, berichtet der Betriebsrat.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten weiterhin 277 Beschäftigte. Erfreulicherweise gab es Neueinstellungen: insgesamt vier neue Kollegen sind an Bord, einige Befristete wurden entfristet. Die Neueinstellungen bedeuten aber nicht, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert hätte. Die Auftragslage sei weiterhin schlecht, berichtet der Betriebsrat. Nur in einigen wenigen Bereichen fallen Überstunden an, in der Regel wird von montags bis freitags gearbeitet.

Die Neueinstellungen sind ein deutliches Zeichen, dass Ninkaplast an seine Zukunft glaubt. Denn aktuell läuft es weiter eher schlecht. Kurzarbeit muss zwar nicht gemacht werden, doch die Auftragslage bleibt dünn, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Esin Kocaaga.

Hinzu zu den Stammbeschäftigten kommen schwankend zwischen 10 und 15 Leiharbeiter, um krankheitsbedingte Ausfälle und Urlaube auszugleichen.

Drei neue Auszubildende, ein Industriekaufmann, ein Mechatroniker und einen Kunststofftechnologien begrüßt der Betriebsrat. Damit bildet Ninkaplast insgesamt zwölf junge Menschen aus. Für den November stehen Wahlen der Jugendauszubildendenvertretung an. »Wir rufen alle Auszubildenden und junge Beschäftigte auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Bereits für die jungen Kolleginnen und Kollegen gibt es einiges mitzubestimmen. Diese Möglichkeit sollte sich niemand entgehen lassen«, sagt Esin Koocaga, der Betriebsratsvorsitzende. Zugleich finden im November die Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung statt.

► recht praktisch

Urlaub muss am Stück möglich sein

Arbeitgeber würden die Länge eines Urlaubs begrenzen wollen, wenn es besser zu den Betriebsabläufen passt: Er bliebe dann zwar insgesamt erhalten, soll dann aber jeweils nicht länger als zwei Wochen dauern. Dem hat das Landesarbeitsgericht in Thüringen nun eine Absage erteilt. Beschäftigte haben einen Anspruch auf einen zusammenhängenden Erholungsurlaub. Die Vorschriften des Bundesurlaubsgesetzes müssten eingehalten werden. Kommt ein Arbeitgeber dem nicht nach, können Beschäftigte ihre Urlaubsansprüche kurzfristig auf dem Weg einer einstweiligen Verfügung durchsetzen.

Der konkrete Fall, der vor Gericht landete, ist der eines Arbeitnehmers, der 17 Urlaubstage am Stück nehmen wollte, und zwar im März 2026. In dem Betrieb hatte der Arbeitgeber aber eine Regel aufgestellt, nach der Urlaub grundsätzlich auf höchstens zwei Wochen am Stück begrenzt wurde. Das Landesarbeitsgericht erklärte eine solche Regel als unzulässig, da sie mit Artikel 7, Absatz 2 des Bundesurlaubsgesetzes nicht vereinbar ist.

Nach dem Artikel 7 muss der Urlaub zusammenhängend gewährt werden, es sei denn, dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe machten eine Teilung erforderlich. Das Gericht betonte, dass eine generelle Deckelung auf zwei Wochen dem Erholungszweck des Gesetzes widerspreche.

Als sich der geplante Urlaubszeitraum im März näherte, ohne dass eine Einigung erzielt worden war, blieb dem Beschäftigten nur noch die Durchsetzung mittels des einstweiligen Rechtsschutzes. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts verdeutlicht die Bedeutung der zeitnahen Rechtsdurchsetzung im Arbeitsverhältnis.

Da Urlaub nach Ablauf des Kalenderjahres oder des Übertragungszeitraums verfallen kann, ist die Beschleunigung durch einstweilige Verfügungen für Beschäftigte ein wesentliches Instrument zur Sicherung ihrer Erholungsansprüche, auch wenn es im Einzelfall nervig ist, solche Ansprüche auch noch gerichtlich durchsetzen zu müssen.

(LAG Thüringen vom 2. März 2026 (Aktenzeichen: 4 Ta 15/26))

Kundgebung in Bielefeld



Holz und Kunststoff sind relevant

Jens Ortmann ist Projektsekretär der IG Metall für die Holz- und Kunststoffindustrie in OWL. Wenn es was zu verbessern gibt, kommt er gerne in die Betriebe.



Jens Ortmann ist seit Anfang diesen Jahres Projektsekretär für die Holz- und Kunststoffindustrie in Ostwestfalen-Lippe. Er unterstützt damit die sechs IG Metall-Geschäftsstellen in OWL in diesen Branchen. Zuvor arbeitete er seit 2020 im GEP-Team OWL der IG Metall. GEP, das stand für »Gemeinsames Erschließungsprojekt«. Der 50-Jährige lebt in Bielefeld, im Gewerkschaftshaus in der Bielefelder Innen-

stadt hat er auch sein Büro, ist aber in ganz OWL unterwegs.

Wie ist die Lage der Holz- und Kunststoffindustrie?
In Ostwestfalen-Lippe sind sowohl die Holz- als auch die Möbelindustrie traditionell stark. In Lippe gibt es die lippische Kunststoffindustrie mit einem eigenen Tarifgebiet. Auch wenn sich in den vergangenen Jahrzehnten strukturell einiges verändert, so bilden Holz- und Kunststoff als zwei Branchen weiterhin Schwerpunkte in OWL. Zwei Branchen, die übrigens durchaus zusammenhängen, Kunststoffbeschichtungen und Teile werden auch in der Möbelindustrie gebraucht.

Die Küchenmöbelindustrie etwa unterliegt konjunkturellen Schwankungen, in Corona-Zeiten haben sich viele eine neue Küche gegönnt, aktuell müssen sich viele entscheiden, ob sie in ihr Heim investieren oder teuren Sprit tanken. Beide Branchen sind auch davon abhängig, ob viel oder wenig gebaut wird. Und es gibt Abhängig-

keiten zu anderen Industrien, etwa in der lippischen Kunststoffindustrie, in der es viele Zulieferer gibt.
Zwei Trends nicht nur in der Möbelindustrie ziehen sich aber seit Längerem durch: drohende und tatsächliche Verlagerungen ins Ausland und Konzentrationsprozesse, es werden weniger Unternehmen, aber die wenigen werden größer. Der Druck in der Branche ist enorm, auch auf die Margen.
Die Branchen Holz und Kunststoff sind also weiter relevant – und es ist viel Bewegung drin.

Warum deine Projektstelle?
Wo viel Bewegung ist, ist auch viel zu tun. Meine Projektstelle ist als zusätzliche Ressource explizit für den Bereich Holz- und Kunststoff in Ostwestfalen vorgesehen. Alles geschieht dabei in Zusammenarbeit mit den IG Metall-Geschäftsstellen vor Ort.
Das zentrale Thema sind die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Eine große Rolle spielen auf der einen Seite Tarifabweichungen in tarifgebundenen Betrieben und gleichzeitig gibt es auch große Betriebe, die an gar keinen Tarifvertrag gebunden sind. Bei meiner Arbeit geht es darum die Belegschaften in ihrer jeweiligen Situation zu unterstützen, Beteiligung zu ermöglichen und so die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Entscheidend ist immer der Wille der Kolleginnen und Kollegen sich zusammenzuschließen und so stark zu machen. Dann ist auch in schwierigen Situationen viel möglich!

Können sich Mitglieder und Betriebsräte an Dich wenden?
Auf jeden Fall! Das ist immer das Beste, wenn der erste Impuls aus dem Betrieb selbst kommt – auch wenn im ersten Moment vielleicht noch nicht hundertprozentig klar ist, wie der Weg zu einer Verbesserung aussehen kann. Ich komme dann sehr gerne in den Betrieb und wir besprechen gemeinsam, wie wir es anpacken. Meldet euch gerne bei eurer IG Metall-Geschäftsstelle!

kurz berichtet

Vorzeitige Rente erhalten

Die Bundesregierung will die sogenannte »Rente ab 63«, abschaffen. Offiziell heißt sie »Rente für besonders langjährig Versicherte«, was korrekt ist, weil das Renteneintrittsalter für Beschäftigte, die 45 Versicherungsjahre nachweisen können, längst nicht mehr aktuell ist, weil die Grenze jedes Jahr um ein paar Monate ansteigt. Ab dem Jahrgang 1964 ist die abschlagsfreie Rente erst mit 65 Jahren möglich. Bedenken zerstreut die Bundesregierung, das von der Rentenkommission erarbeitete Paket könne nicht aufgemacht, müsse vielmehr in Gänze verabschiedet werden. Ein Argument ohne Überzeugungskraft. Das Gleiche hat die Bundesregierung auch schon beim Paket zur sogenannten Gesundheitsreform behauptet, nur um es am Ende doch aufzumachen, weil die Lobby der Pharmaindustrie lautstark und erfolgreich Änderungen zu ihren Gunsten forderte.

Die IG Metall jedenfalls steht feste zur »Rente mit 63«. Sie muss unbedingt erhalten bleiben.«Die Abschaffung der sogenannten Rente mit 63 wäre ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die Jahrzehnte gearbeitet, Beiträge gezahlt und den Wohlstand dieses Landes mit erarbeitet haben«, sagt IG Metall-Sozialvorstand Ralf Reinstädter. »Wer 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat sich einen abschlagsfreien Übergang in den Ruhestand verdient«.

Die IG Metall hat die sogenannte »Rente ab 63« von Anfang an unterstützt. Wer 45 Jahre lang gearbeitet, Beiträge gezahlt und den Wohlstand dieses Landes mit geschaffen hat, darf am Ende seines Erwerbslebens nicht noch mit Rentenkürzungen bestraft werden, weil er oder sie zu erschöpft ist, um bis zur Regelgrenze des Renteneintritts weiterzuarbeiten. Viele Beschäftigte bezweifeln auch heute, unter den heutigen Arbeitsbedingungen bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten zu können. Schichtarbeit, schwere körperliche Tätigkeiten und hoher Leistungsdruck hinterlassen Spuren. Und: Über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten zu können, glauben gar nur rund 23 Prozent der befragten Erwerbstätigen unter 67 Jahren.

Juttas Lasagne in der Pfanne



Italien in die Küche, schnell, für die ganze Familie: das ist die Pfannenlasagne. Die Zutaten: vier Esslöffel Öl, circa 700 Gramm Hackfleisch, Zucchini, Zwiebel, Knoblauchzehe, Tomaten frisch oder aus der Dose, dazu rund 100 Gramm Frischkäse, 150 Gramm geriebener Gouda und Mozzarella-kugeln. Als Gewürze: Salz und Pfeffer, etwas Zucker. Nötig sind 200 Gramm Lasagneplatten. Die Zubereitung: Zwei

Esslöffel Öl in einer Pfanne mit Deckel erhitzen. Hack darin anbraten. Zucchini halbieren und in Scheiben schneiden. Zwiebel und Knoblauch schälen, fein hacken. Alles zum Hack geben und kurz mitbraten. Tomaten, Frischkäse und rund einen halben Liter Wasser einrühren und zum Kochen bringen. Mit Salz, Pfeffer und etwas Zucker würzen. Lasagneplatten zerbrechen und in der Hackmasse verteilen. Zugedeckt circa 10 Minuten köcheln lassen. Danach Gouda und Mozzarella auf der Lasagne verteilen und für weitere fünf Minuten zugedeckt köcheln. Wer mag, kann noch Basilikum oder andere Kräuter drüberstreuen.

Impressum

»Nachdruck«
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S1. und S2.oben pixabay, S2.uS3. unten Manfred Horn, S4. pixabay
Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff »nachdruck« an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

Name 	Vorname 	Geburtsdatum 	Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich ☐ divers ☐ keine Angabe	Mobitel. ☐ dienstlich ☐ privat 	Telefon ☐ dienstlich ☐ privat
Straße 	Hausnr. 	Land 	PLZ 	Wohnort 	E-Mail ☐ dienstlich ☐ privat
Ich bin ☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ solo-selbstständig			Altersteilzeit von: bis:		
Betrieb/Einsatzbetrieb 		PLZ 	Ort 	Kostenstelle 	Personal-/Stammnummer
☐ Leihbeschäftigte*r ☐ mit Werkvertrag ☐ befristet			von:	bis:	Verleihbetrieb:
Ich bin derzeit ☐ Auszubildende*r ☐ dual Studierende*r ☐ Student*in ☐ Schüler*in ☐ Ferienbeschäftigte*r			von:	bis:	wenn Student*in, Hochschule:
IBAN 					
Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen, davon 1 % = Mitgliedsbeitrag 					
Der Beitrag beträgt 1 % des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens. Der Beitrag für Mitglieder in (hoch-)schulischer oder universitärer Vollzeitweiterbildung beträgt 3 €.					
Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.			Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter www.igmetall.de/datenschutz .		
SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 2220 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.					

X
Ort/Datum/Unterschrift